

Danziger Zeitung

№ 16293.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagen-
gasse Nr. 4 und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten
für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1887.

Telegramme der Danziger Btg.

Wien, 5. Febr. (B. T.) Das Amtsblatt veröffentlicht heute das Pferdeausfuhrverbot für sämtliche Grenzen des österreichisch-ungarischen Zollgebiets.

Politische Uebersicht.

Danzig, 5. Februar.

„Krieg und Kriegsgeschrei.“

Das völlig grundlose Gerücht von einer 300 Millionen Reichsanleihe tauchte gestern im Abgeordnetenhaus in der neuen Form wieder auf, es handelte sich um eine Anleihe, welche der preussische Landtag an Stelle des zur Zeit nicht vorhandenen Reichstags bewilligen solle, wie das auch im Jahre 1870 geschehen sei. Letzteres ist thatsächlich falsch. Im Jahre 1870 wurde der Reichstag am 15. Juli auf den 19. berufen und schon am 21. Juli vollzog der Kaiser das Gesetz, welches den Reichskanzler ermächtigte, zur Deckung der Mobilmachungs- und Kriegskosten eine Anleihe bis zu 120 Mill. Thlr. aufzunehmen. Der Kriegsgeschrei war damals noch in den Händen Preußens. Seitdem hat das Reich aus der französischen Kriegscontribution einen Kriegsschatz von 120 Millionen Mark zur Deckung der Ausgaben der Mobilmachung wieder angelegt, über welche der Kaiser unter vorgängiger oder nachträglich einzuholender Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags verfügen kann. Wollte die Regierung unter diesen Umständen jetzt eine Anleihe zu Kriegszwecken beantragen, so würde das eine neue Drohung an die Adresse Frankreichs sein. In der That ist von einer solchen Vorlage gar nicht die Rede. Auch die officiellen „Vol. Nachr.“ sind jetzt in der Lage, auf das bestimmteste zu versichern, dass eine derartige Abicht nicht besteht. — Also: tant de bruit pour une omelette!

Die „Vol. Nachr.“ geben übrigens heute zu: „Dass es militär-sanitätliche und auch festungs-technische Gründe geben kann, welche die Errichtung einzelner Baracken rechtfertigen, liegt auf der Hand“, meinen aber, „um den großen Umfang der ohne Zweifel beabsichtigten Anlage provisorischer Unterkunftsräume zu erklären, dazu reichen jene Gründe nicht aus“. Ob dieses „ohne Zweifel“ aber ausgemachte Sache ist, unterliegt selbst zur Zeit noch erheblichen Zweifeln.

Zur Stimmung in Frankreich

wird dem „Hamb. Corr.“, einem Blatte also, dem Niemand den Vorwurf machen wird, dass es, wie die bösen Feinsinnigen, in tendenziöser Weise über die Gefahren hinwegtäuschen wolle, von seinem Pariser Correspondenten geschrieben:

„Frankreich will und kann den Krieg nicht wünschen: selbst der allergütigste und kürzeste Krieg müsste das Land ruinieren. Schon die Anleihe, welche Frankreich vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten aufnehmen müsste, schon das Gekränktheit, sie aufnehmen zu müssen, würde den Zusammenbruch der Finanzen vollenden, die selbst im tiefsten Frieden die größte Vorsicht und Sorgfalt, die schlauesten Combinationen, ja die naive Unwissenheit eines Volkes voraussetzen, während die lärmenden Gerüchte eines möglichen nahen Krieges an einem Tage den schwankenden Aufbau der Finanzen über den Haufen werfen würde. So sieht es im Lande aus, das sagt und weiß Jedermann, Frankreich selbst geht es offen ein, und bei der Furcht, welche Frankreich vor einem Angriff hat, bei den Verteidigungsmaßnahmen, welche es im Voraus treffen zu müssen glaubt, hiesse es das Land verläumdern, wenn man gegenwärtig behauptet, auch nur den Schatten einer Veranlassung, aus nur das kleinste Ziel jenes prelsrigen Uebermuthes bei den Franzosen zu entdecken, der einst zu den charakteristischen Eigenschaften der Nation gehörte.“

Die „Vol. Btg.“ ferner erhält folgendes Telegramm:

Paris, 4. Februar. Der deutsche Botschafter Graf Münster hatte gestern eine lange Unterredung mit Florens. Letzterer stellte im Ministerthum die Lage als friedlich dar. Die „Justice“ (Organ Clemenceau's) erhebt unbilligen Einspruch gegen die Beunruhigung Europas durch die deutsche halbamtliche Presse und ruft die Welt zum Zeugen an, dass sie allein den Frieden liebt. Gestern wurde die Arbeitsbörse feierlich eröffnet; der Vorsitzende des Pariser Stadtraths, Melleure, sagte in seiner Rede: „Indem wir die Arbeit feiern, brandmarken wir den Krieg.“ Die Zuhörer brachen hier in minutenlanges Händeklatschen aus.

Das Kriegsgeschrei hat übrigens auch bei uns eine Brandmarlung von einer Seite erfahren, von welcher das governementale Consortium „Post“ — „Koln. Btg.“ — „Vol. Nachr.“ eine solche sicher nicht erwartet hat, nämlich von Seiten der streng regierungsfreundlichen „Straßburger Post“.

Die Gemeinverständlichkeit der Kriegshetze tritt wie überall, so ganz besonders in Elsaß-Lothringen zu Tage. Dort hat der Kriegskriegel der „Post“ nicht nur große Beunruhigung, sondern eine tiefgehende Verbitterung erzeugt, die von der schlimmsten Rückwirkung auf das Verhältnis der reichsländischen Bevölkerung zum Reich sein muß. Die „Straßb. Post“ glaubt nun der Entzündung über dieses Treiben Ausdruck, indem sie schreibt:

„Gerade hier empfindet man es lebhaft, wie verhängnisvoll eine solche Sprache in einem Organe wie die „Post“ werden kann, und wie viel eine derartige Auslassung, die weit über das Maß einer bloßen Warnung hinausgeht, zur Beängstigung der Gemüther und zur Vermehrung der leider schon vorhandenen Spannung beitragen muß. Wenn ein ähnlicher Artikel in einem großen, officiellen Verleumdung verdächtigen französischen Blatte erschienen wäre, so würde bei uns eine ungeheure Erregung hervorgerufen worden sein; es kann nicht fehlen, daß der Artikel der „Post“ in Frankreich das Gleiche bewirkt. In der Gegenwart und unter den an sich schon mit Jähzorn überladenen politischen Verhältnissen wird das in erhöhtem Grade der Fall sein. Das Schlimmste ist, daß derartige Auslassungen, in denen ein geradezu kriegerischer Geist sich spiegelt, durchaus nicht die Stimmung wiedergeben, in welcher das deutsche Volk sich befindet. Das deutsche Volk kennt keine Furcht; es würde jeden Augenblick bereit sein, für Kaiser und Reich, für die höchsten Güter des Vaterlandes zu opfern, was ihm lieb und theuer ist. Aber es ist weit entfernt davon, einen Chauvinismus zu nähren, dessen Träger doch immer nur aus einem kleinen Kreise sich zusammensetzen, hier wie dort. Das ist ein Spiel mit dem Feuer, und das heißt die Leidenschaft, die ja an sich

schon nur allzu leicht entfesselt werden, a) fackeln und die Gefahr, vor der man angeblich warnen will, heraufbeschwören. Seien wir daher vorsichtig und vergessen wir, bei aller Vorbereitung dahin, daß wir einem Krieges nicht wohlgerüstet gegenüberstehen, auch das Bestreben nicht, Alles zu vermeiden, was die Erhaltung des Friedens fördern könnte.“

Das ist einmal ein kräftiges Wort gegen die gewissenlosen Kriegshetze, die überhaupt gestern und heute Schlag auf Schlag erlitten haben. Der Versuch, gestern wieder in Beunruhigung zu machen, weil — der Kriegsminister gestern einen Augenblick im Abgeordnetenhaus am Buffet erschienen war, fiel natürlich ins Wasser. Auch die Prophezeiung, der Kanzler werde kommen und Erklärungen zur Lage abgeben, erwies sich als falsch. Dazu das Dementi der Kriegsanleihegerüchte, dann das Bekanntwerden der Worte des Kronprinzen, die schon heute Morgen mitgetheilt wurden, Worte, in denen der Kronprinz seiner Beunruhigung über die Beunruhigung an der Börse und der Versicherung Ausdruck verlieh, daß Frankreich uns ebensoviele angreifen werde, als wir es anzugreifen gedächten: Wie kräftig nimmt sich demgegenüber das Bemühen einer Reihe von governementalen Blättern aus, die bekannten Worte des Kaisers durch allerlei Wortklaubereien abzuschwächen und ihre Bedeutung herabzumindern. Die freikonservative „Post“ möchte am liebsten die Worte „Es wird keinen Krieg geben“ wegschneiden, indem sie sich versichern läßt, „soweit bekannt geworden“, habe der Kaiser diese Worte nicht gesprochen. Der „Post“ wird manches nicht bekannt, namentlich solche Dinge nicht, die sie nicht wissen will, weil sie ihr das Concept verderben, wie es hier so gründlich der Fall war.

Wenn dann die „Post“ die Bemerkung macht, bei der „Fructification“ jenes Ausspruchs habe sich die „Danz. Zeitung“ die Parole aus Paris verschreiben lassen, so ist das eine Insinuation, auf die zu antworten man uns wohl erlassen wird. Mag die „Post“ insinuieren, was sie will; das Maß unserer Verachtung erreicht sie nicht!

Kaiserliche Proclamation.

Wie nach der „Schlesischen Zeitung“ verlautet, soll von dem Cesa einer allerhöchsten Proclamation vor den Wahlen Abstand genommen worden sein.

Aus der gestrigen Abgeordnetenhausung.

Bei der 2. Beratung des Eisenbahnetats, die gestern im Abgeordnetenhaus in Angriff genommen wurde, fand Minister Maybach Gelegenheit, eine Lobrede auf die Niedrigkeit der Tarife der Eisenbahnen zu halten, die in Deutschland niedriger seien, als irgendwo in Europa, natürlich nur zu dem Zwecke, den Interessenten begreiflich zu machen, daß an weitere erhebliche Tarifherabsetzungen im Interesse der Landwirtschaft vorläufig nicht zu denken sei. Herr Maybach hatte auch dieses Mal kein Bedenken, der Forderung entgegenzutreten, daß die Eisenbahnverwaltung ihren Bedarf lediglich von der deutschen Industrie decken lassen müsse. Der Minister ist, wie bisher, ganz bereit, die inländische Industrie zu berücksichtigen, aber immer vorausgesetzt, daß dieselbe nicht theurer arbeitet als die ausländische. Sie durch Carrels die Pistole auf die Brust setzen zu lassen, habe er keine Neigung. Im Uebrigen war Herr Maybach in dem Bestreben, neue Freunde der Eisenbahnverstaatlichung zu entdecken, nicht glücklich. Die „Frankf. Btg.“, auf die er sich berief, ist von jeher für die Eisenbahnverstaatlichung eingetreten. Dr. Alex. Meyer, der sich schon im Jahre 1877 für die Eisenbahnverstaatlichung ausgesprochen haben sollte, erklärte, daß er damals wie heute den Uebergang der Bahnen in das Eigentum des Staates, aber die Verwaltung derselben durch Private befürwortete. Das spasshafteste Intermezzo der ganzen Beratung war das, daß Graf Kautz sich auf die Autorität von 7 Collegen berief für die Behauptung, daß der Eisenbahnetat ein Deficit habe, und nur eines dieser Mitglieder, Herr v. Ziedemann-Bomst, versicherte, die Frage des Grafen Kautz mißverstanden zu haben.

Wahlkampf mit Anstand.

„Ich wünsche, meine Herren“, sagte der nationalliberale Candidat im ersten Hamburger Reichstagswahlkreis, Herr Dr. Draband, „daß der Anstand im politischen Wahlkampf aufrecht erhalten bleibe, und ich verzichte auf jede Stimme, welche meiner Sache etwa durch Verunglimpfung des Gegners erkauft werden soll.“ Nachher aber nahm Herr Draband, der im dritten Wahlkreis wieder candidirt, das Wort und erstattete folgenden Bericht über die zweite Lesung der Militärvorlage:

„Es wurde eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des Heeres von 427 000 auf 468 000 Mann gefordert. Wer da erlebt hat, wie um jedes 1000 geschildert wurde, wie man zunächst ein Gehot von 440 000 machte, wie Richter dann das Gehot auf 450 000 Mann erhöhte (Heiterkeit!), wie schließlich Richter auf 454 000 ging (große Heiterkeit!) — wer das erlebt hat, der kann das nicht würdigen finden. (Rauschen der Beifälle.) Wenn wir als Kaufleute in solcher Art Geschäfte machen wollten, so würde das unnötig und lächerlich sein. Richter kam im Plenum dann endlich mit 468 000 Mann heraus. Glauben Sie jetzt, daß er das aus Ueberzeugung gethan hat? Nein, meine Herren, er hat es gethan, weil er inzwischen von Windhorst die Wahlparole gelernt hatte: „Jeder Mann und jeden Groschen“, weil er nicht ohne diese Wahlparole vor die Wähler treten durfte, weil er wußte, daß dann seine eigenen Leute ihn verlassen hätten. Aber, meine Herren, diese 468 000 Mann sind nicht bewilligt worden, denn gleichzeitig erklärten die Elsäßer und Polen, daß sie mit den Socialdemokraten in der dritten Lesung gegen jede Bewilligung stimmen würden. Sie haben ihre Stimmen abgegeben, um den Antrag Stauffenberg durchzubringen. In der 3. Lesung wäre auch dieser abgelehnt worden u. s. w.“

So Herr Draband. Wer erkennt in dieser Caricatur den ersten Antrag der Freisinnigen, 441 000 Mann dauernd und weitere 9000 Mann, also im Ganzen 450 000 Mann auf 3 Jahre zu bewilligen? Weiß Herr Draband nicht mehr, daß Herr Richter die Erhöhung der letzteren Summe auf 454 000 Mann ausdrücklich als eine Verzichtung der ersteren auf überkläglich Berechnung

beruhenden Ziffer bezeichnet hatte? und daß gleichzeitig mit dem ersten Antrag der Antrag Stauffenberg eingebracht wurde, der für den Fall der Ablehnung des Antrags die gesamte Ziffer der Regimentsvorlage für die nächsten 3 Jahre bewilligen wollte? Glaubt irgend wer jetzt, daß Herr Draband solche Entstellungen in gutem Glauben vorgetragen habe? Oder sprach Draband als ehrlicher Politiker, der behauptete, die Präsenzstärke von 468 000 Mann wäre in der 3. Lesung abgelehnt worden, weil die Socialdemokraten, Polen und Elsäßer geschlossen mit Nein gestimmt hätten? Die Conservativen und Nationalliberalen brauchten ja nur mit den Freisinnigen und dem Centrum zu stimmen, dann würde die Ziffer gegen die Stimmen nur der Socialdemokraten, Elsäßer und Polen angenommen worden sein! Der Reichstag ist in der 2. Lesung aufgelöst worden und jetzt ergeben sich die Herren Draband und Genossen in Verdrachungen der Gegner. Herr Draband denkt nicht daran, auf jede durch Verunglimpfung der Gegner erkaufte Stimme zu verzichten. Im Gegentheil! Er behauptete: „die freisinnige Partei habe gegen die Verfassung des Norddeutschen Bundes und des deutschen Reichs gestimmt.“ Das nennt man „Anstand“.

Der Reichskanzler und das Monopol.

In einer Versammlung der freisinnigen Partei Hamburgs, in der der Candidat für den 3. Wahlkreis Herr Dr. Dränert sich den Wählern vorstellte, erklärte der nationale Liberale Dr. Tannert, er wisse ganz bestimmt, daß Herr Bismarck auf die Monopolprojecte verzichtet habe. Denn derselbe habe zu Herrn Consul H. P. Meier gesagt: „Das Monopol (Tabaksmonopol) sei sein Ideal, aber bei der Aufnahme, welche es gefunden habe, werde er damit nicht weiterkommen.“ Darauf möge sich Niemand verlassen. Denn diese Aeußerung besage doch nur, daß Herr Bismarck an dem Tabaksmonopol festhält, daß er aber einen neuen Versuch, dasselbe durchzuführen, erst machen wird, wenn sein Voranschlag auf eine bessere Aufnahme rechnen kann als 1882, und dazu sollen ja jetzt die Neuwahlen stattfinden. Wer auf Commando eine Bewilligung der Friedenspräsenzstärke für 7 Jahre für „national“ hält, eine solche für 3 Jahre aber für reichsfeindlich, der wird auch dem Monopol gegenüber schwerlich widerstandsfähig sein.

Interpellation im österreichischen Reichsrath.

Einem Telegramm aus Wien zufolge wurde gestern von dem Abgeordneten Mautner eine an den Ministerpräsidenten, Grafen Taaffe, gerichtete Interpellation darüber eingebracht, ob sich die Beziehungen der Monarchie zu den auswärtigen Mächten in letzter Zeit geändert hätten und ob die Regierung auch gegenwärtig begründete Hoffnung habe, daß der Frieden aufrecht erhalten werde. Es wird bemerkt, daß Graf Taaffe voraussichtlich die Beantwortung der Interpellation nicht ablehnen wird, interessante Debatten zu erwarten.

Die Italiener in Massaua.

Die Unglücksnachrichten aus Massaua haben in Italien eine hochgradige Erregung hervorgerufen. Das Unglück befiel sich in vollem Umfange. Es sind thatsächlich über 400 Soldaten in dem Kampfe mit den Abessinier niedergemetzelt worden und in Massaua befinden sich viele Verwundete, so daß sogar die englische Regierung sich veranlaßt gesehen hat, den Consul Baring in Cairo anzuschreiben, Aushilfe an Aergern und Vorräthen anzubieten. Die Begegnung aber, daß der entfesselte Sturm stark genug sein werde, das jetzige Ministerium hinwegzuwerfen, hat sich als ungerechtfertigt erwiesen. Depretis hat den Anlauf der Opposition siegreich abgelehnt, wie nachstehendes Telegramm aus Rom meldet.

Rom, 5. Februar. Bei der Beratung des Credits für Massaua lehnte die Kammer die vom Ministerium als Wistranzenbottum bezeichnete einfache Tagesordnung mit 215 gegen 181 Stimmen ab und verwarf fast einstimmig die Räumung Massauas. Der Credit für Massaua wurde schließlich mit 317 gegen 12 Stimmen angenommen.

Italien denkt den ministeriellen Erklärungen zufolge nicht an neue Gebietserwerbungen in Afrika, und ein Eroberungskrieg gegen Abessinien liegt so nach außerhalb der Absichten der italienischen Regierung. Nach dem Angriffe Ras Alulas auf Massaua wird es sich einfach darum handeln, die Abessinier für diesen Ueberfall zu züchtigen. Die italienischen Truppen werden jedenfalls gegen einen oder den anderen Punkt in Abessinien vordringen, dort ein Exempel statuieren und dann wieder in ihre früheren Stellungen zurückgehen. Für die gedachte Operation wären aber etwa 10 000 Mann, also die Entsendung einer weiteren Verstärkung von 5000 Mann mehr als genügend, und die Verwendung dieser 10 000 Mann auswärts würde auf die Wachstumschancen Italiens in Europa, im Hinblick auf eine eventuelle kriegerische Action, zum Theil den geringsten Einfluß üben. Italien kann heute, im Falle eines europäischen Krieges, 400—450 000 Mann ins Feld stellen; ob nun von diesen 400—450 000 Mann 10 000 abgezogen werden, fällt wenig oder gar nicht in die Waagschale. Die italienische Regierung hat daher nicht Unrecht, wenn sie betreffs des Kriegszuges Ras Alulas übertriebenen Besorgnissen entgegentritt.

Die liberalen Unionisten in England.

Der Führer der liberalen Unionisten, Lord Hartington, hielt, wie uns aus London berichtet wird, am 2. Februar, Abends, eine politische Rede in Newcastle-on-Tyne. Die Unionisten, so begann er, hätten einigen Erfolg bereits errungen, aber wahrscheinlich sei das bisher nur der Anfang eines langwierigen Kampfes gewesen. Es sei ihre Pflicht, auch fernerhin der Sache der Union Opfer zu bringen. Eine thatsächliche Coalition bestände zur Zeit zwischen der conservativen und der liberal unionistischen Partei im Unterhause, wenn auch nicht in der Regierung. Der Rücktritt Lord Randolph Churchill's

habe die Beziehungen der Conservativen zu den liberalen Unionisten in keiner Weise getrübt. Eine solche unabhängige Haltung sei entschieden vorzuziehen, obwohl er die Gründe würdige und billige, welche solchen veranlaßt hätten, in's Cabinet zu treten. Er vermöge nicht einzusehen, daß sich alle Liberalen unwandelbar auf das Programm der letzten liberalen Regierung verpflichten hätten. Je mehr dasselbe vielmehr erörtert würde, desto mehr stelle sich seine Unausführbarkeit heraus. Andererseits aber glaube er nicht, daß die Torypartei auf lange Zeit die herrschende bleiben würde. Die Liberalen würden wieder aus Ruher kommen und auf lange Zeit dann die Regierung führen. Es sei nicht zu verwundern, daß von verschiedenen Seiten jetzt Versöhnungsversuche zur Wiedervereinigung der liberalen Partei gemacht würden. Er würde das Gelingen mit Freuden begrüßen, obgleich er meinte, daß der richtige Zeitpunkt dafür noch nicht gekommen sei. Mittlerweile aber halte er es für das Beste, eine abwartende Stellung einzunehmen. In der irischen Frage sollte die Regierung scharf gegen die Agitatoren vorgehen.

Der Stand der bulgarischen Frage.

Die „Polit. Correspond.“ meldet aus Konstantinopel, die Präliminarverhandlungen zwischen dem Großvezier und Bulgarovich schritten auf der Bahn gegenseitigen Entgegenkommens fort, so daß sich auf eine baldige Lösung der bulgarischen Frage hoffen lasse. Janson habe sich bezüglich der zwei ersten Punkte seines Programmes nachgiebig gezeigt und verlange, wie bekannt, nicht mehr den Rücktritt, sondern bloß eine Modification der Regierung, habe auch den Punkt betreffs eines Coalitionministeriums in einem den Wünschen der Gegenpartei entgegenkommenden Sinne abgeändert.

Aus Sofia wird gemeldet, daß die Regentschaft die Forderung Silistria annimmt und verproviantirt. Der Berliner Vertrag verfüge die Schleifung dieser Festung, und im Hinblick darauf, daß bis September 1885 der bulgarische Kriegsminister stets ein Russe war, ist es Russlands Schuld, daß diese Verfügung nicht ausgeführt wurde.

Das Repetirgewehr in der Türkei.

Wie aus Konstantinopel mit der letztwilligen Post gemeldet wird, verzögert sich die Frage wegen Einführung der Mauser-Gewehre in der türkischen Armee. Da im Schooße der bisherigen Commission Meinungs-Differenzen bestanden, hat der Sultan die Einsetzung einer neuen, unter Vorsitz Tahir Pascha's, angeordnet. Obwohl die Verträge über Verwendbarkeit der im Besitz der Türken befindlichen älteren Patronen für das neue Gewehr günstig ausfielen und der Sultan schon vor einiger Zeit die Ermächtigung zum Abschluß eines Lieferungsvertrages erteilt hatte, zögert die Regierung und fordert von Herrn Mauser starke Garantien für die Einhaltung der Lieferungszeit. Eine Differenz liegt auch darin, daß Herr Mauser die Zahlung durch Vermittlung einiger deutscher Bankinstitute wünscht, während die Pforte sich nur der Ottoman-Bank zu diesem Zwecke bedienen will, mit der sie, wie schon gemeldet, wegen Abschluß einer Anleihe von 6 Millionen — hauptsächlich zu dem hier in Rede stehenden Zwecke — in andauernden Verhandlungen steht.

Abgeordnetenhaus.

13. Sitzung vom 4. Februar.

Zweite Beratung des Etats. Etat der Eisenbahn-Verwaltung.

Die Einnahmen sind veranschlagt: aus dem Personenverkehr 177 690 000 M., aus dem Güterverkehr 472 110 000 M.; sonstige Einnahmen 31 290 000 M.

Ref. v. Ziedemann-Bomst (freiconsl.) weist darauf hin, daß bei der Einarbeitung der Einnahmen insofern eine Aenderung eingebracht ist, als die Einnahmen sämtlicher Directionen in einem Kapitel veranschlagt sind. Referent bemerkt, die dem Etat beigelegte Uebersicht der Normaltarife ergebe entsprechend eine weitere Vereinfachung.

Abg. Meyer-Breslau (freis.) erkennt die Uebersichtlichkeit des großen Materials in diesem Etat an, hält aber heute noch jeden Schluß darüber für voreilig, daß die Verstaatlichung der Eisenbahnen sich bewährt habe oder nicht. Die mitgetheilten Ergebnisse sind unvollständig, weil erstens darin die Ausgabe des Pensionwensels fehlt, zweitens Schulden, die ursprünglich für Eisenbahnen aufgenommen sind, in die allgemeine Schuldrechnung übergegangen sind, und drittens ein Ueberblick über die Gesamtausgaben, die auf Conto der Anleihen gestellt sind, fehlt. Auch mangelt es an einer Auskunft über den Verschleiß der einzelnen Betriebsmittel. Ob also das ganze Geschäft einen Vortheil ergeben und in welchem Umfange, darüber müssen wir uns zur Zeit noch eines Urtheils enthalten. Der Rückgang in den Einnahmen der Staatsbahnen und das sich daraus ergebende Schwanen unseres Budgets muß uns vielmehr von Neuem die Frage nahe legen, ob es richtig gewesen ist, unseren Staatshaushalt auf einem so schwankenden Grundstein zu fundieren; dieser müßte soweit als irgend möglich von wirtschaftlichen Conjunctionen unabhängig gemacht werden. Die Erparnisse an Ausgaben für Erneuerung des Oberbaues (3468 000 M.) und der Betriebsmittel (3048 000 M.) haben etwas Bedenkliches. Die durch das Garantiegesetz vorgeschriebene Schuldamortisation ist bisher nur auf dem Papier geblieben. Durch die Verstaatlichung ist der Minister nicht bloß an die Spitze einer großen Verwaltung gestellt, sondern auch Herr geworden über das Schicksal einer Anzahl von Personen, die formell freilich der Staatsregierung unabhängig gegenüberstehen. Wer Schienen, Eisenbahnenwagen u. s. w. herstellt, ist auf den Minister als seinen einzigen Abnehmer hingewiesen. Ich glaube, daß das jetzige schablonenmäßige Tarifwesen nicht wird aufrechterhalten werden können, und man zu den Differentialtarifen zurückkehren gezwungen sein wird. Zu er-mägen ist auch, ob nicht jetzt, nachdem das Werk der Verstaatlichung im Wesentlichen beendet ist, die Eisenbahncommissariate aufgehoben werden können. Angesichts der Eisenbahnunfälle, die sich in den letzten Monaten so häufig haben, muß man es aussprechen, daß die Verwaltung mit ihren Maßnahmen zur Verhütung solcher Unfälle rückständig geblieben ist.

Abg. Graf Kautz (consl.): Der Rückgang der Einnahmen habe einen wesentlichen Grund in der Ermäßigung der Frachten für Steinkohlen und Hölzer. Die Sorge des Eisenbahnministers geht dahin, die Industrie

gegen die ausländische Konkurrenz zu schützen, und dieser Gewinn sei nach Millionen zu schätzen, gegen welchen das Defizit, mit welchem wir hier zu rechnen haben, eine Bagatelle ist. Redner plädiert für eine Ermäßigung der Straßentrassen von dem Osten nach dem Westen und Südbahnen Deutschlands.

Minister **Reichs** führt Worte des Abg. Meyer über die Verstaatlichung aus früherer Zeit an, aus denen er schließt, daß dieser inzwischen seine Ansicht geändert habe. Er bestreitet, daß mit der Verstaatlichung ein schlechtes Geschäft gemacht sei. Hätten wir das Staatsbahnsystem jetzt nicht, das Defizit des Staatsbahnsystems würde nicht 28 1/2 Millionen, sondern eine viel höhere Summe betragen. Aber nicht darauf kommt es an, es kommt auf die Leistung, den wirtschaftlichen Nutzen des Systems an. Wir wollen den Wohlstand des Landes heben, wir wollen finanziell zu gestellt sein, daß wir nicht die Steuerzahler zu den Füssen des Staatsbahnsystems heranziehen brauchen, darüber hinaus aber haben wir keine lediglich finanziellen Wünsche. Das Staatsbahnsystem hat uns zu einer Schmiegsamkeit und Elastizität des Tarifwesens verholfen, die größer ist als irgendwo sonst in Deutschland. Ein Vortheil der Eisenbahnverstaatlichung ist auch, daß die Verzögerung der einzelnen Interessenten, wie sie früher vielfach vorgekommen ist, nicht mehr vorkommen kann. Wenn wir noch nicht weiter gekommen sind, so liegt dies daran, daß wir mit Vorsicht verfahren, weil wir wohl Schritte vorwärts, aber niemals rückwärts thun wollen.

Kaiser Eisenbahnen haben allerdings einen Rückgang in den Einnahmen aufzuweisen, allein der Rückgang in den anderen Kanälen ist ein noch viel stärkerer. Er beträgt in den ersten 6 Monaten des laufenden Jahres in Frankreich 20, in Österreich 10, in England 13, in Preußen 30 Mill., während wir hoffentlich doch unseren Voranschlag wenigstens erreichen werden. Die Amortisation steht allerdings auf dem Papier, das ist aber nicht die Schuld der Eisenbahnverwaltung, sondern der Bedürfnisse der anderen Ressorts. Die Unfälle haben sich auch in erfreulicher Weise vermindert. (Der Minister legt das statistisch.) Der Landes-Eisenbahnrath ist eine bloße Coullisse für mich, sondern ich halte ihn für eine sehr glückliche Institution, denn er hält mich ab von der Verfolgung eines einzelnen Landes-Interesses. So hat er mich auch in Bezug auf die vom Grafen Kanitz angeregte Frage von einer Tarifermäßigung abgehalten, weil alle anderen davon betroffenen Provinzen sich auf das Lebhafteste dagegen wehren. Was nun den Etat selbst betrifft, so haben wir im vorigen Jahre neben der Verzinzung für die gesamte Staatsschuld einen Ueberschuß von 29 Mill. erzielt und werden in diesem Jahre wohl einen solchen von 5 Mill. erzielen. Dabei hoffe ich, daß die Erweiterung unseres Staatsbahnsystems durch neue Bahnen ermöglicht werden wird. An Ausgaben sind in den Etat aufgenommen für Wohlfahrtsanstalten 5 1/2, für Ergänzungen 4 1/2 Mill., für Erneuerungen 1700 000 und für Mehrbedarfen 784 500 M., überhaupt an M.-Hrbedarfen für die von den Privatbahnen übernommenen Beamten eine Summe von 9700 000 M. Wenn wir das Uebergangsstadium überstanden haben, so werden wir klar sehen, was wir von der Staatsbahndverwaltung erwarten können. Ich bin noch nicht mit den Resultaten zufrieden und glaube, daß wir noch Besseres erreichen können. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Katorp** (nat.-lib.) beantragt, daß die verschiedenen, auf den Eisenbahnetat bezüglichen Beschlüssen, welche der Budgetcommission noch nicht vorgelegen an eine besondere Commission verwiesen würden. Abg. **v. Jagdewski** (Pol.) empfiehlt weitere Erleichterungen im Retourbilletverkehr zwischen nahe gelegenen Orten und befürwortet eine Verlängerung der Einladungsfrist. Lebhafter Beifall führt Redner darüber, daß auch innerhalb der Eisenbahnverwaltung, wo doch politische Gründe kaum vorliegen können, zahlreiche Verlegungen von Beamten polnischer Nationalität in andere Provinzen seit einiger Zeit erfolgt.

Die weitere Beratung des Eisenbahnetats wird vertagt.

Nächste Sitzung: Sonnabend.

Deutschland.

* **Berlin**, 4. Febr. Gestern Abend fand im Weißen Saale des kgl. Schlosses der erste diesjährige Hofball statt, zu welchem über 1600 Einladungen ergangen waren. Der Kaiser verließ es sich, wie schon gemeldet, auf dem Feste zu erscheinen. Dagegen verweilte die Kaiserin bis gegen 11 Uhr in der Bildergalerie und ließ insbesondere die Herren und Damen des diplomatischen Corps zu sich einbieten. Um 9 1/4 Uhr erschienen der Kronprinz und die Kronprinzessin unter Vortritt der Hofchargen und gefolgt von den Bräutigam und Prinzessinnen des königlichen Hauses im Weißen Saale und hielten zunächst einen kurzen Circle. An den Tischen des alsbald beginnenden Balles theilte sich auch die jüngeren Prinzessinnen. Der Tanz wurde um 11 Uhr unterbrochen, und die Gesellschaft begab sich nach den nach der Spree zu gelegenen Gemächern, um dort an Buffets das Souper einzunehmen. Mit den höchsten Herrschaften speisten in der neuen Galerie als vornehmste Gäste der Prinz und die Prinzessin Komatsu von Japan, die Vörschafter und deren Gemahlinnen, die Gefandten und Minister-Residenten mit ihren Gemahlinnen, die Chefs der fürstlichen Häuser, der General-Feldmarschall, sämtliche fürstliche und Excellenz-Damen, die activen Generale der Infanterie und Cavallerie und die activen Staatsminister. Nach einem glänzenden Cotillon erreichte der Ball um 1 Uhr sein Ende.

W. T. **Berlin**, 4. Febr. In der am 3. d. M. unter dem Vorsitz des Staatsministers, Staatssekretds des Innern v. Bötticher abgehaltenen Plenarversammlung der Bundesrath dem Gesetzentwurf über die Unfallversicherung der bei Bauten beschäftigten Personen, dem Entwurf eines Gesetzes für Elaf-Bohringen über das Gnadenquartal und dem Antrage Sachsens, betreffend die Aenderung der Statuten der sächsischen Bank, die Zustimmung und genehmigte das neu entworfene Statut für das deutsche archäologische Institut in Rom sowie die von den Ausschüssen für Handel und Verkehr und für Eisenbahnen, Post und Telegraphen vorgeschlagene Ergänzung des Betriebs-Reglements für die Eisenbahnen Deutschlands bezüglich der Beförderung thierischer Abfälle auf denselben. Von dem vorgelegten Geschäftsbericht des Reichs-Verkehrsamts für das Jahr 1886 nahm die Versammlung Kenntniss und übergab den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aenderung des Reichsbeamten-Gesetzes, und die Zusammenstellung über die Ergebnisse der veranlasseten Ermittlungen hinsichtlich der Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen in der Wäckerfabrikation und der Confectionsbearbeitung, erließen den Ausschüssen für Rechnungswesen und für Justizwesen, letztere dem Ausschusse für Handel und Verkehr zur Vorberatung.

Die Resolution des Reichstags über die Einführung von Gewerbegeboten, eine Eingabe des Vorstandes des Vereins selbständiger Conditoiren Berlins, betreffend die Sonntagsarbeit, sowie mehrere, von verschiedenen Seiten eingegangene Eingaben wegen Aenderung des § 43 der Gewerbeordnung wurden dem Reichstagsrat überwiesen. Zur Wiederbelebung der preussischen Staatsangehörigkeit an zwei früher aus dem Bundesgebiet ausgewiesene katholische Geistliche wurde die Genehmigung erteilt. Endlich wurde über Anträge, betreffend die Befreiung verschiedener Betriebe von der Unfallversicherungspflicht bezw. die Zulassung von Ausnahmen von den Vorschriften über Einrichtung der Anlagen zur Anfertigung von Rundbörsen Beschluß gefaßt.

* **Beurtheilung der deutschen Politik im Auslande.** Wenn man sich überzeugen will, in wie tiefes

Licht die Kriegsdrohungen der officiellen Presse die deutsche Politik im Auslande stellen, so lese man nachstehende Stelle eines Pariser Berichts, welchem der conservative „Gamb. Correip.“ Aufnahme gewährt. Der Correspondent schreibt:

„Von allen Irrthümern und Mißgriffen Napoleons I. hat ihm Nichts so sehr geschadet und ihn in der Meinung der civilisirten Welt herabgewürdigt, als sein verlegenes Benehmen der Königin Luise von Preußen gegenüber: wüßte man an den Ufern der Spree bedenken, daß es nicht großmüthig ist, einem besiegten Gegner gegenüber, der selbst keine Dmnaht eingestuft, verlegenden Stolz zu zeigen. Man fragt sich schon jetzt nicht nur in Frankreich, sondern in allen Ländern, ob Fürst Bismarck nicht vielleicht im Bewußtsein der Thatsache, daß Frankreich keine Gelegenheit zu neuen Waffen-siegen geben kann, den Plan hegt, das französische Volk so zu demüthigen und zu erniedrigen, daß es sich niemals wieder zu erheben vermag. Freilich wäre ein solches Vorgehen des Fürsten Bismarck kaum würdig, es wäre unvereinbar mit dem ritterlichen Sinne des großen deutschen Kaisers und es stünde im krassen Widerspruch mit den erhabenen Ueberlieferungen, mit dem tiefen philosophischen Geiste des edlen deutschen Volkes; aber wenn man bedenkt, daß alle französischen Erklärungen nur mit Absicht ausgenommen werden, dann muß man sich allerdings fragen, ob es den Anschein gewinnt, als ob Deutschland seinem Feinde vom Jahre 1870 eine moralische Schädigung zufügen will, die sich nicht wieder ausgleichen läßt.“

Bemerkenswerthe Weise wird selbst hier nicht angenommen, daß wirklich der Krieg in Aussicht stehe. * **Die Auflösung und das Kriegsgesetz.** Die „Niederrhein. Volksztg.“ schreibt treffend: „Nichts beweist drastischer, daß eine unmittelbare Kriegs-gesetz nicht vorliegt, als die Thatsache, daß Fürst Bismarck Zeit und Mühe vorhanden fand, den Reichstag aufzulösen, welcher die gestellten Militär-forderungen bis zum letzten Mann und letzten Groschen auf drei Jahre zu bewilligen sich bereit erklärte. Den Menschen wollen wir sehen, welcher den Fürsten Bismarck für fähig hält, diese Reichstagsauflösung, bei der es sich nach seiner Erklärung nur um eine Terminfrage handelt, angesichts einer Kriegsgefahr vollziehen zu lassen und gleichzeitig die heftige Erregung einer nie gekannten Wahlbewegung ins Land zu tragen.“

* **Kirchliche Versammlung.** Nach einer Bekanntmachung in der „N. Pr. Ztg.“ ist durch die gegenwärtige politische Lage die Abhaltung der für Februar d. J. in Aussicht genommenen „Kirchlichen Versammlung in Berlin“ für jetzt unthunlich geworden. Die Gruppenvorstände werden das Weitere beschließen.

* **Der auswärtige Handel im Dezember 1886.** Die jetzt erschienenen Listen über den auswärtigen Handel des deutschen Zollgebietes im Dezember und im Jahre 1886, welche bekanntlich nur über die Mengen Auskunft geben, sind befriedigend. Im Dezember hat sich besonders die Ausfuhr von Eisen und Stahl und Eisen- und Stahlfabrikaten gut entwickelt, in erster Linie von Stabeisen und Eisen- und Stahlblech. Für andere Erzeugnisse der Metall-Industrie war das Ergebnis weniger befriedigend. Von Steinkohlen ist im Dezember die Ein- und Ausfuhr gestiegen, im ganzen Jahre blieb aber die Ausfuhr bedeutend hinter dem Vorjahre zurück. Die Ausfuhr von Zucker ist im Dezember und im ganzen Jahre gestiegen und von Melasse bedeutend gefallen. Auch von Maschinen blieb die Ausfuhr zurück. Locomotiven und Locomotivwagen wurden im Dezember in bedeutend größerem Umfange exportirt. Auch von Hopfen ist die Ausfuhr erheblich gestiegen, aber von Bier gefallen; im ganzen Jahre wurden 318 195 Doppelcentner weniger als im Jahre 1885 ausgeführt. Die Einfuhr von Petroleum ergiebt im Dezember ein bedeutendes Minus. Besonders bemerkenswerth ist die im Jahre 1886 stattgehabte Wiedereinfuhr von Weizen, Roggen, Gerste und Hafer, welche sich insgesamt mit 7280 071 Doppelcentner oder 37,60 Proc. berechnet.

* **Die deutsche Borneo-Compagnie** hat, wie das „Frankf. Journ.“ vernimmt, ihr Actienkapital um 500 000 M. erhöht.

* **Zu Brecklin in Schleswig-Holstein** erscheint ein organisch-conservatives Blatt, die „Nordb. Reichs-post.“ Das treibt Wahlpolitik, indem es über die Wehrkraft des deutschen Reiches klagt und dabei folgenden Gistropfen einfließen läßt:

„Um so betrübender ist es, daß sich noch nicht 15 Jahre nach Ausrückung des Reiches Deutsche gefunden haben, welche für schänden Lohn ihr Vaterland an den Erbfeind verrathen konnten. Kürzlich wurde wieder einer, der Redacteur des „Ritter Tagesblattes“, Namens Prohl, zu neun Jahren Zuchthaus verurtheilt. Dieser Mann unterstützte den vor Jahresfrist gleichfalls verurtheilten Sarauw durch Mittheilungen über Mobil-machungspläne etc. Diese Verräthe haben hoffentlich Schreden bei denen verbreitet, die zu ähnlichen Verrätherien geneigt sein könnten.“

Die „Volksztg.“ bemerkt dazu: „Wer so etwas in dem reactionären Blatt liest, der muß denken, daß der Herr Prohl Redacteur eines freisinnigen Blattes gewesen sei. Prohl war der Redacteur eines officiös-conservativen Blattes, und er hat sich genug Mühe gegeben, die Freisinnigen als Vaterlandsfeinde zu verleumden. Und weil dieser „reichs- und kaiserstreue“ Herr Prohl die bösen Freisinnigen täglich auf dem Altar des Vaterlandes schlachtete, so war er wohlgekauft auf den Bureau. Ein so deutsch-nationaler Mann konnte doch keine Gefahr bieten für die Beamten und ihre Geheimnisse! Und dabei verfügte er die Beamten, ihm die Geheimnisse unseres Heeres und besonders die der Marine zu verrathen. Er verkaufte diese Geheimnisse dann für schändes Geld an den französischen Spion Capitän Sarauw! Man sollte denken, die Conservativen sollten froh sein, daß die deutschfreisinnigen Blätter diese Sachen so wenig zu Parteizwecken ausgenutzt haben. Sie sollten sich hüten, sie aufzuführen. Aber wenn sie dieselben so darstellen, daß Jedem, der über die Angelegenheit nicht genauer unterrichtet ist, das Gegentheil der Wahrheit für richtig halten muß, so müssen sie doch daran erinnert werden, wie sich der Fall denn eigentlich in Wirklichkeit verhalten hat. Welch ein Verräthergeschrei würde sie anstimmen, wenn ein Freisinniger sich so etwas hätte zu Schulden kommen lassen, wie unser conservativer Mann!“

* **Posen**, 4. Februar. [Die polnische Rettungsbank] hat aus Newyork von einem dortigen Polen Namens Jermansonoff die telegraphische Nachricht erhalten, daß derselbe, sobald die Zeichnung der Actien der Bank eröffnet sein wird, 20 Actien im Betrage von zusammen 20 000 Mk. zeichnen werde.

* **Posen**, 4. Februar. In der vom „Deutschen Verein“ hier selbst zu heute Abend einberufenen Wählerversammlung wurde Ober-Regierungsrath Gabel, jetzt in Berlin, früher in Posen, als conservativ-nationalliberaler Reichstags-Candidat proclamirt. Die Versammlung war von 300 Personen besucht.

* **Regensburg**, 3. Februar. Auf ein seitens der gouvemenentalen Wähler des Kreises Herzogthum Lauenburg am vorigen Sonntag an den Reichs-kanzler abgeandtes Telegramm ist folgende Antwort eingetroffen:

„Berlin, den 1. Februar 1887. Aus Euer Hoch-wohlgebornen Telegramm habe ich mit Freude erfahren, daß die nationalen Elemente in unserer engeren Heimath

sich zu gemeinsamen Handeln verbunden haben. Hoffentlich wird diese Verständigung auf das Ergebnis der Wahl eine günstige Rückwirkung ausüben und unserm friedlich und künftigen geeinigten Völkchen zu einer seiner Gestaltung entscheidenden Vertretung verhelfen. Den an dem Telegramm beteiligten Herren danke ich verbindlichst. v. Bismarck. Seiner Hochwohlgebornen dem Erb-landmarschall Herrn von Bülow, Gubow.“

Eine „seiner Gefinnung entsprechende Vertretung“ hatte sich der Kreis noch im vergangenen Jahre trotz des Wahlrückfalls von oben und trotz der unglaublichen Nachsitzen, die durch die bekannte Strafverfolgung des Amtsgerichtsraths Francke genügend gekennzeichnet sind, durch die Wahl des Abg. Berling gesichert.

Aus **Gera** wird der „B. Z.“ geschrieben: Die von dem hier stattgehabten Krankenkassen-Congress gewählten Commissionen haben an den Reichstag folgende Petition gerichtet:

Die vielen Mischlinge, welche sich bei der Ausführung der Gesetze, betreffend die Kranken- und Unfallversicherung der Arbeiter, in der Praxis herausgestellt, haben Veranlassung gegeben, einen Congress der eingeschriebenen, sowie auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen einzuberufen.

Dieser Congress, auf welchem 283 Krankenkassen mit ca. 420 000 Mitgliedern vertreten waren, hat während dreitägiger Verhandlungen die Gesetze, betreffend die Kranken- und Unfallversicherung der Arbeiter, einer eingehenden Besprechung unterzogen und in Bezug auf diese Gesetze nachstehende Beschlüsse gefaßt und zugleich beauftragt, die in Rede stehenden Commissionsbeschlüsse einem hohen Reichstag zur geneigten Verurtheilung zu unterbreiten mit der Bitte:

- 1) Errichtung eines Reichsamtes für Krankenkassenwesen;
- 2) Erlass einheitlicher Vollzugs-Bestimmungen für das deutsche Reich;
- 3) Vorfrage treffen, daß die Einzelstaaten nicht Bestimmungen treffen können, welche den Vortheilen des Hilfs- bzw. Krankenkassen-Gesetzes zuwiderlaufen.

Es folgen dann die zu den verschiedenen Paragraphen des Krankenkassen-, Hilfskassen- und des Unfallversicherungs-Gesetzes beschlossenen Aenderungsvorschläge.

* **In Dresden-Alstadt** beabsichtigen die Freisinnigen den Abg. Nicker als Zählcandidaten bei der Wahl aufzustellen.

Aurich, 2. Febr. Das Pferdeausfuhrverbot ist so wohl für die ostfriesischen Pferdezüchter wie auch für die auswärtigen Händler zu recht ungünstiger Zeit erlassen worden. Denn gerade die hiesigen Winterpferdemärkte sind für Verkäufer und Käufer die bedeutendsten. Auch die in diesen Tagen hier stattfindende Besatzführung läßt den Einfluß des Ausfuhrverbots erkennen; holländische, belgische und französische Händler fehlen, und es sind in Folge dessen die Preise der Tiere etwas gedrückt. Da die angekauften Senghe doch wesentlich zu Zuchtzwecken verwendet werden, so hatte sich die Röhrgen-Commission mit der Bitte um Gestattung der Ausfuhr an den Reichskanzler gewandt. Darauf ist gefolgt die telegraphische Antwort eingegangen, daß die Ausfuhr zu Zuchtzwecken gestattet werden könne, nicht aber die zu militärischen. Das Pferdmaterial, welches zu dem erlaubten Zwecke angekauft worden ist, muß spätestens am 7. d. M. über die Grenze geschafft sein; dem mit dem Tage erlischt die gewährte Genehmigung. Vielleicht wird in Folge dessen nun noch mancher Senghe in das Ausland verkauft. Empfindlicher als für die Besatzführung ist das Ausfuhrverbot aber jedenfalls für den in der Mitte dieses Monats stattfindenden großen Pferdmarkt, weil zu dem gerade Gebrauchspferde angeführt werden. Unter den vorliegenden Umständen wird wohl nicht zu erwarten sein, daß auswärtige Händler zu dem Markt sich einfänden, weil ihnen die Ausfuhr größerer Pferd-massen nicht gestattet werden wird. Ein Sinken der Preise wird deshalb wohl die natürliche Folge sein. (B. Z.)

Strasburg i. E., 4. Febr. Die Nachricht einiger süddeutscher Blätter, daß der Fürst Hohenzollern sich incognito in Paris aufhalte, oder sich in nächster Zeit dahin begeben werde, ist unrichtig. Fürst Hohenzollern kam am Sonnabend Morgen von München hier an, wird nächsten Montag in Metz einen Ball und am nächsten Mittwoch dem Landes-ausschuß in Strasburg ein Diner geben. (W. T.)

England.

London, 4. Februar. [Unterhaus.] Unterstaats-Secretär Ferguson erklärt, zwischen England und Deutschland sei bezüglich der Grenzen des Sultanats Zanzibar und bezüglich der respectiven Interessensphären beider Länder ein umfassendes Abkommen getroffen; die französische Regierung und der Sultan von Zanzibar hätten denjenigen Theilen des Abkommens, welche für dieselben von Interesse wären, ihre Zustimmung erteilt. Die darauf bezügliche diplomatische Correspondenz werde dem Hause demnächst vorgelegt werden.

* **Das Canal-tunnelproject.** Das neue Bohrloch für den projectirten Canal-Tunnel hat jetzt eine Tiefe von 500 Fuß erreicht. Zweck der Bohrungen ist namentlich, zu erfahren, ob die geologische Formation die gleiche wie an der französischen Küste ist. Die Hoffnung, auf ein Kohlenfeld zu stoßen, ist bis jetzt nicht erfüllt worden.

Rumänien.

P. C. Aus **Bukarest**, 1. Februar, wird uns geschrieben: Die Completion der Heeresanrüstung wird mit großem Eifer betrieben und haben sich erst dieser Tage zwei höhere Offiziere nach Offen begeben, um die im Krupp'schen Establishment bestellten neuen Batterien und Lafetten für zwei weitere Batterien zu übernehmen. Außerdem werden bei Krupp 165 000 Projectile auf Rechnung des rumänischen Militär-Arars fertig gestellt und wird im hiesigen Arsenal an der Vervollständigung der Kriegsvorräthe Tag und Nacht mit allen vorhandenen Kräften gearbeitet. Was die Einführung des Repetirgewehres in der rumänischen Armee anbelangt, so ist man dieser Frage in unseren letzten Kreisen bereits in der Absicht näher getreten, dieselbe in einer der Fortschritten der Gewerksfabrikation entsprechenden Weise zu lösen. Doch kann von einer principiellen Entscheidung für ein bestimmtes System noch keine Rede sein und haben auch die mit der Waffenfabrik zu Steyr und mit deutschen Gewerksfabriken betreffs eventueller Lieferung von Repetir-gewehren eingeleiteten Verhandlungen, ganz abgesehen davon, daß dieselben bisher noch kein Resultat ergaben, schon aus dem einfachen Grunde keine besondere Bedeutung beanspruchen, weil es sich dabei nur um die Lieferung einer kleineren Partie von Gewehren (angeblich 6000 Stück) handelt. Als Beweis dafür, daß Rumänien noch keine definitive Entscheidung über das in der Armee einzuführende Repetirgewehr getroffen hat, können besonders die in nächster Zeit vorzunehmenden Schießproben mit einem neuen Gewehre dienen, welches des Schweizer Fabrikanten Rubin zum Erfinder hat. Das besonders Charakteristische bei dieser Erfindung ist die Eigenart der Patrone. Die Kugel hat das kleinste bisher bei Gewehren zu Kriegszwecken überhaupt gebrauchte Caliber (7 1/2 Millimeter), ist nahezu viermal so lang als dick. Um unter Beanspruchung eines möglichst kleinen Raumes für die Pulverladung die Patrone ohne Beeinträchtigung der Schärfe des Schusses thunlichst klein herstellen zu können, hat Rubin bei seiner Patrone comprimirtes Pulver verwendet. Nach dem mit dieser Patrone gemachten Schießversuchen

sollen die aus dem Rubinischen Gewehre abgegebenen Schüsse an Raufang der Flugbahn und an Durchschlagskraft alle bisher erprobten Gewehre weit übertreffen, während die Kleinheit und das geringe Gewicht der Patrone namentlich dort als hoher Vorzug anzusehen ist, wo es sich um die Anwendung des Rubinischen Systems auf Repetir-gewehre handelt.

Türkei.

Konstantinopel, 4. Febr. Der Metropolit von Adrianopel, Dyonisios, ist zum öumenischen Patriarchen gewählt worden. (W. T.)

Birma.

Rangun, 2. Febr. Am 20. Januar wurde das Lager Boshway, welches versteckt in dichtem Gebüsch hoch oben in den Arrafan-Bergen lag, von einer durch Capitän Solightly befehligten Abtheilung eingenommen. Boshway entging mit genauer Noth der Gefangennahme und floh nach dem wilden Chin-Lande. Er wird verfolgt.

Marocco.

Tanger, 1. Febr. Die Gesandten Frankreichs und Italiens wurden bei ihrem jüngsten Besuche am Hofe von Marocco vom Sultan persönlich beehrt, daß er den von Großbritannien, Frankreich und Deutschland ihm unterbreiteten Handelsvertrag nicht unterzeichnen würde, bis nicht zwei aus dem ausländischen Schutz von Eingeborenen entspringende Mißbräuche abgestellt worden seien. Der Sultan hob hervor, daß eine weitere Entwicklung der Handelsbeziehungen im hohem Grade die Anzahl seiner Unterthanen, die ausländischen Schutz beanspruchen, vermehren und somit das bestehende Uebel erhöhen würde.

Aus Washington hier eingegangene Privat-Depeschen melden, daß der Congress schon den consularen Schutz von Eingeborenen in Marocco und anderwärts abgeschafft habe. Der amerikanische Consul in Tanger, der einen Amerikaner Namens Berdicaris verhaften ließ, weil derselbe die Mauren gegen die Erpressungen derjenigen verteidigte, die sich des consularen Schutzes erfreuten, ist abberufen und durch Mr. Reed Lewis ersetzt worden. Letzterer wird am 15. d. von Newyork abreisen.

Von der Marine.

* **Der Kreuzer „Albatros“** (Commandant Corbette-Capitän v. Franzius) ist am 15. Januar cr. in Matupi eingetroffen.

Danzig, 5. Februar.

Wetter-Aussichten für Sonntag, 6. Februar, auf Grund der Berichte der deutschen Seiwarte. Veränderliche Bewölkung bei aufsteigenden südwestlichen bis westlichen Winden ohne erhebliche Niederschläge mit wenig veränderter Temperatur. Strichweise Nebel.

Am 6. Febr.: S.-A. 7.42, S.-U. 4.47; M.-A. bei Tage, M.-U. 5.54. — Am 7. Febr.: S.-A. 7.41, S.-U. 4.49; M.-A. bei Tage, M.-U. 6.45.

* **Verteilung der Staatsunterstützungen für die Nahrung.** Wie wir erwähnt haben, hat sich bei der Verteilung der Staatsbeihilfen für die durch die vorjährige Weichsel-Überschwemmung heimgekehrten Bewohner der Nahrung und des Bedarfs mancher auffällige Umstand ergeben, der i. Z. zu vielfachen und zugegangenen Äußerungen des Befremdens über den angewandten Verteilungsmodus führte. Die Sache wird nunmehr voraussichtlich in nächster Zeit auch das Abgeordnetenhaus beschäftigen, bei welchem bereits zwei auf dieselbe bezügliche Petitionen eingegangen sind. Die eine, von einer Anzahl Besitzer aus Wäslin und anderen Ortschaften des Kreises Danzig ausgegangen, beantragt eine Revision des Verfahrens, in welchem die Verteilung der bewilligten Staatsgelder erfolgt ist, herbeizuführen. In einer zweiten Petition beantragt der Besitzer des von der Überschwemmung verheerter arg verfallenen Gutes Kronenhof, zu vermitteln, daß ihm 80 000 Mk. als Entschädigung für diese Verwüstungen gezahlt werden.

* **Von der Weichsel.** Nach einem Telegramm aus Marienwerder von heute Vormittag 11 Uhr findet dort jetzt der Weichseltraject bei Tage und Nacht über die Eisdecke zu Fuß für Personen und leichtere Bädereten statt.

* **Wandgemälde im Landeshause.** Wie wir f. Z. mittheilten, waren im letzten Sommer die ersten Skizzen und Entwürfe zu den historischen Wandgemälden, mit welchen der Saal des Provinzial-Landtages im hiesigen Landeshause geschmückt werden soll, hierher gelangt. Wie nun der Provinzial-Ausschuß in seinem, gestern vom Provinzial-Landtage beratenen Bericht über den Stand der Provinzial-Verwaltung am Schlusse des Etats-jahres 1886/87 mittheilt, hat der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten dem Historienmaler Ernst Röber in Düsseldorf, von welchem jene Entwürfe herrühren, die Genehmigung zur Ausführung derselben für die künftige Ausschmückung des großen Sitzungssaales im Landeshause erteilt. Die Entwürfe nebst einem Erläuterungsbericht des Künstlers sind von dem Minister dem Provinzial-Ausschuß mit dem Ersuchen vorgelegt worden, ihm seine Wünsche in Bezug auf die in den Nebenfeldern zur Darstellung gebrachten Gegenstände mitzutheilen. Der Provinzial-Ausschuß hat um eine mündliche Besprechung mit dem Künstler gebeten, dessen Besuch in Danzig in nächster Zeit zu erwarten. Es steht zu hoffen, daß mit der Ausführung der Entwürfe im nächsten Sommer begonnen werden kann.

* **Wahl.** An Stelle des ausgeschiedenen Honigmann zu Griebenau (Kreis Kulm), der in den Bezirk-Ausschuß zu Marienwerder gewählt ist und demgemäß aus dem Provinzialrath ausscheidet, hat der Provinzial-Ausschuß in einer gestern Nachmittag nach Schluß des Provinzial-Landtages abgehaltenen Sitzung den Bürger-meister Wäcker zu Di. Krone zum Mitgliede des Provinzialraths erwählt.

Bei dieser Gelegenheit bemerken wir, daß die Angabe in dem Schlußbericht über die letzte Sitzung des Provinzial-Landtages in der heutigen Morgen-Ausgabe, der Abg. Wäcker-Dt. Krone habe die Verbindung eines Arbeitshauses mit jeder Naturalverpflegungsanstalt als mindesenswerth bezeichnet, auf einer mißverständlichen Auffassung des Hrs-Berichterstatters, dem während des letzten Theils der Sitzung die Vertretung unseres eigentlichen Berichterstatters wegen dessen Behinderung übertragen werden mußte, beruht. Der Abg. Wäcker hat auf die sehr zweifelhaften Winkungen der Naturalverpflegungsstationen hingewiesen, im Uebrigen nicht von Arbeits-häusern, sondern von geschlossener Armenpflege im Allgemeinen gesprochen.

* **Grasgeßte.** Zur Prüfung der von den Mannschaften der Heeres-, Landwehr und der Erlass-Reserve erster Klasse aus dem hiesigen Stadtkreis angebrachten Reklamationen um Zurückstellung bei einmündiger Mobilmachung ist von der Gras-Commission ein Termin auf den 12. März in dem Lokale „Freund-schaftlicher Garten“ Neugarten Nr. 1 anberaumt worden.

* **Besichtig des von dem hiesigen Prämienverein zur Verleihung und Unterstutzung neuer weiblicher Dienstboten** am letzten Sonntag gefeierten Jahresfestes, von dem an dieser Stelle bereits kurz Notiz genommen ist, dürften nachfolgende Bemerkungen resp. Besichtigungen jener Notiz dem beteiligten Publikum erwünscht sein. Es ist nicht richtig, daß die vom Verein jetzt schon an 18 dienunfähig gewordenen Dienstboten jährlich gezahlte Unterstützung je 10 M. beträgt. Der

A. B. Kasemann, sämmtlich in Danzig.

